

## **Bildung ist die wichtigste Waffe zur Bekämpfung der Armut**

**SPD-Fraktion fordert umfassende Lernmittelfreiheit an Bayerns Schulen und Anspruch auf gebundenen Ganztagsplatz. Drei Gesetzentwürfe der SPD zur sofortigen Entlastung von Familien mit schulpflichtigen Kindern.**

- von **Hans-Ulrich Pfaffmann**, MdL,  
*bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion* -

### **120.000 Kinder und Jugendliche in Bayern sind arm.**

Weit über 120.000 Kinder und Jugendliche in Bayern leben an oder unter der Armutsgrenze. Dabei ist Armut in der Regel eine entscheidende Ursache für mangelnde Bildung und mangelnde Bildung die Ursache für Armut. Dieser ebenso einfache wie hartnäckige Zusammenhang setzt sich oft über mehrere Generationen fort, wie viele einschlägige Studien der letzten Jahre belegt haben.

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag hat wiederholt auf diesen Umstand hingewiesen und in zahlreichen Anträgen dargestellt, wie der Freistaat die Spirale aus materieller Armut und Bildungsarmut durch ein kostenfreies, integratives und förderndes Bildungssystem durchbrechen kann - und zwar von Anfang an. Doch bekanntermaßen scheut die Staatsregierung eine grundlegende und nachhaltige Reform, die bei der individuellen Frühförderung in kostenfreien Kindertagesstätten beginnen und das dreigliedrige Schulsystem zugunsten von Gemeinschaftsschulen überwinden müsste.

Deshalb hat die SPD-Fraktion im Parlament drei Gesetzentwürfe aus dem Jahr 2008 erneut eingebracht, die Familien mit schulpflichtigen Kindern sofort und ganz konkret entlasten würden:

- erstens einen Gesetzentwurf für eine umfassende Lernmittelfreiheit an Bayerns Schulen,,
- zweitens deren verfassungsrechtliche Verankerung der Lernmittelfreiheit, und
- drittens einen Gesetzentwurf, der den Anspruch auf einen gebundenen Ganztagsschulplatz im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz festschreibt.

Denn nur so können (teure) Nachhilfe, Hausaufgabenbetreuung und die gesamte schulische Bildung wieder in die Schulen zurückverlagert werden, anstatt sie den Eltern aufzubürden.

### **Armut als Ursache von Bildungsarmut und Bildungsarmut als Ursache von Armut.**

Armut beschränkt sich nicht nur auf materielle Unterversorgung. Wenn im 2009 vorgelegten Sozialbericht der Bayerischen Staatsregierung festgestellt wird, dass 8,8 Prozent der bayerischen Kinder unter 15 Jahren und sogar 12,4 Prozent der 15- bis 25-jährigen ein Armutsrisiko haben, dann hat dies weitreichende kognitive und psychische Folgen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen. Dazu gehören zum Beispiel Entwicklungsdefizite, mangelnde Integration in der Schule und unter Freunden, emotionale Instabilität und Verhaltensauffälligkeiten.

Das Deutsche Kinder- und Jugendinstitut hat nachgewiesen, dass die Leistungen armer Kinder im Lesen und Rechnen deutlich schlechter sind und motorische Unruhe und Nervosität und/oder Resignation bereits am Ende der Grundschulzeit eine erfolgreiche Schulkarriere behindern.

Deutlich zeigen auch alle Untersuchungen, dass einzelne Bevölkerungsgruppen besonders von Armut bedroht sind. Dazu gehören Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern, Arbeitslose und deren Kinder, Migranten und Kinder mit Migrationshintergrund.

Die AWO-Langzeitstudie über Kinderarmut hat zum Beispiel ergeben: „Jeder elfte Schüler bzw. jede elfte Schülerin im Gymnasium ist arm, dagegen jedoch jede/r zweite Hauptschüler/in. Dreieinhalb mal so viele arme Kinder wie nicht arme Kinder wiederholten bereits in der Grundschule eine Klasse. Die Wahrscheinlichkeit eines irregulären Schulverlaufes ist bei armen Kindern (37,5 Prozent) weit höher als bei nichtarmen Kindern (8,5 Prozent). Gemessen an ihrer Gesamtzahl sind Migrantenkinder nur halb so oft auf Gymnasien vertreten wie deutsche Kinder (14 Prozent versus 28 Prozent).“

In Bayern hängt Bildung noch mehr vom Geldbeutel der Eltern ab als anderswo. Die Chance eines Akademikerkindes, ein Gymnasium zu besuchen, ist hier immer noch 4,3 mal höher als die eines Facharbeiterkindes. In wohlhabenden Münchner Stadtvierteln wie Solln oder Bogenhausen treten bis zu 80 Prozent und im Landkreis München 61 Prozent aller Viertklässler aufs Gymnasium über, in Hof dagegen gehen 48,8 Prozent an die Hauptschule. Jeder weiß, dass diese Unterschiede nicht mit den intellektuellen Fähigkeiten der Kinder zu erklären sind.

Noch deutlicher wird die soziale Ungerechtigkeit bei Migranten-Kindern: Während 36,4 Prozent der deutschen Kinder in Bayern nach der Grundschule eine Hauptschule besuchen, sind es bei Kindern mit Migrationshintergrund 61,6 Prozent. An ein Gymnasium gehen 38,4 Prozent der deutschen Kinder, aber nur 20,3 Prozent der ausländischen Schüler und Schülerinnen. Und je höher die Arbeitslosigkeit in einer Region ist, desto mehr Kinder besuchen nach der 4. Jahrgangsstufe „nur“ die Hauptschule und desto mehr Schulabgänger ohne Abschluss gibt es (bayernweit im Schnitt 7,4 Prozent, in Hof beispielsweise 20 Prozent).

### **Die Konsequenzen.**

Wir müssen endlich dafür sorgen, dass Kinder aus einkommensschwachen oder von Armut bedrohten Haushalten dieselben Bildungschancen erhalten wie alle anderen Kinder. Das ist zuallererst eine moralische und soziale Verpflichtung. Wir können es uns aber auch aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht länger leisten, auf die Potenziale dieser Kinder und Jugendlichen zu verzichten und stattdessen weiterhin die generationsübergreifenden Folgekosten von geringer Bildung, Arbeitslosigkeit und Armut zu bezahlen.

### **Umfassende Lernmittelfreiheit an Bayerns Schulen.**

Eine fast schon banale Voraussetzung dafür, dass auch Kinder und Jugendliche, deren Eltern finanziell nicht so leistungsfähig sind, mithalten können, ist die Lernmittelfreiheit. Und zwar eine echte, nicht nur auf Schulbücher reduzierte Lernmittelfreiheit, wie sie in anderen Bundesländern zum Teil schon verwirklicht ist. Denn jeder, der schulpflichtige Kinder hat, weiß, welche Kosten Schuljahr für Schuljahr zusätzlich entstehen – zumal viele Lehrkräfte ihren Unterricht lieber mit aktuellen Arbeitsheften und Kopien als mit veralteten Schulbüchern gestalten. So können beispielsweise für Kopien, Lektüre, Arbeitshefte, Ordner, Schreib- und Zeichenmaterial, Taschenrechner, Zirkel, Sportbekleidung, Mittagsbetreuung, Ausflüge, Schullandheimaufenthalte usw. durchaus mehrere hundert Euro anfallen. Und bei zwei oder drei Kindern verdoppeln oder verdreifachen sich diese Ausgaben. Für die Bezieher niedriger Einkommen ist dies eine äußerst belastende Situation.

Die unsägliche Büchergeld-Episode der Staatsregierung war da nur noch der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Auch wenn dieser ebenso aufwändige wie kostspielige Sparversuch im Archiv gescheiterter Projekte der Staatsregierung verschwunden ist, auf den übrigen Kosten bleiben die Eltern weiterhin sitzen.

Mit unserem Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes wollen wir endlich eine echte Lernmittelfreiheit in Bayern einführen und die Kostenerstattung oder Ausleihe auf alle übrigen für den Unterricht notwendigen Materialien ausdehnen. Damit finanziell schlechter gestellte Familien nicht länger von den Schulkosten erdrückt oder deren Kinder gar vom weiterführenden Schulbesuch abgehalten werden.

### **Anspruch auf einen gebundenen Ganztagsplatz.**

Gebundene Ganztagschulen mit rhythmisiertem Unterricht sind zwar in erster Linie ein pädagogisches Gebot, um die wachsenden Bildungsanforderungen einer immer komplexeren Gesellschaft zu bewältigen. Ganztagschulen sind aber auch ein entscheidender Beitrag zur Vereinbarkeit von Familien und Beruf, auf die gerade Alleinerziehende und einkommensschwache Familien dringend angewiesen sind, wo beide Eltern arbeiten müssen, um die Existenz der Familie zu sichern.

Aufgrund der gestiegenen Anforderungen in den Schulen ist darüber hinaus jeder dritte bis vierte Schüler im Laufe seiner Schullaufbahn auf Nachhilfe angewiesen. Eltern, die es sich leisten können, geben dafür im Schnitt 150 Euro monatlich aus. Bei rund 1,8 Millionen Schülern/innen sind das nach der jüngsten Studie der Bertelsmannstiftung in Bayern zwischen 130 und 210 Millionen Euro Nachhilfekosten im Jahr - Ausgaben, die sich durch das flächendeckende und bedarfsgerechte Angebot gebundener Ganztagschulen mit ausreichend Intensivierungs- und Förderungsangeboten zu einem großen Teil vermeiden ließen. Mittagsbetreuung, Horte und offene Ganztagsangebote sind kein vollwertiger pädagogischer Ersatz.

Bislang blieben die Angebote der Staatsregierung weit hinter dem Bedarf zurück: *Gerade mal 10 Prozent der bayerischen Schulen bieten einen gebundenen Ganztagsschulplatz an.* Konkret sind es nur 13 Realschulen, 12 Gymnasien und 150 Grundschulen in Bayern, die im Schuljahr 2009/10 über eine gebundene Ganztagsklasse verfügen. Und wieder einmal leiden einkommensschwache Familien und damit ohnehin sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche am meisten unter dem Mangel. Weil sie sich Hausaufgabenbetreuung, Hort und Nachhilfe nicht leisten können, weil ihre Eltern keine Zeit haben für eine sinnvolle Nachmittagsbeschäftigung und kein Geld für Instrumental-, Reit- oder Tennisunterricht.

Aus diesem Grund bringen wir unseren Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes erneut ein mit dem Ziel, durch den gesetzlichen Anspruch auf einen gebundenen Ganztagsplatz den überfälligen Ausbau voranzutreiben und den Eltern endlich ein verlässliches und pädagogisch hochwertiges Ganztagsangebot zur Verfügung zu stellen. Gebundene Ganztagsklassen an allen Schularten sind eine zentrale Maßnahme zur Bekämpfung von Armut und mehr Bildungsgerechtigkeit in Bayern.

### **Volkswirtschaftliche Notwendigkeit.**

Deutschland verschenkt durch die unzureichende Bildung vieler Schülerinnen und Schüler ein enormes Wachstumspotenzial. Die Folgekosten werden sich in Deutschland innerhalb der nächsten 80 Jahre auf 2,8 Billionen Euro summieren, prophezeit eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung.

Umgekehrt könnte durch eine grundlegende Bildungsreform, die vor allem die so genannten Risikoschüler aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien unterstützt, bis zum Jahr 2030 69 Milliarden Euro gespart werden. Investitionen in ein besseres und sozial gerechteres Bildungssystem rentieren sich mittel- und langfristig also auch finanziell.

(23.04.2010)